

Spezialkrieg: Krieg gegen die Köpfe und Herzen der Menschen

Zwei Beispiele für die alltäglichen Repressionen im Südosten der Türkei

Die von der Türkei ausgeübte Gewalt gegen Kurd*innen drückt sich nicht allein durch Militärpräsenz und den Einsatz von Waffengewalt aus. Vielmehr wird die Kultur, Natur, Wirtschaft und Psyche der Menschen in den oppositionellen Gebieten bekämpft und versucht, die Menschen von der dominanten Wirtschaft und Kultur abhängig zu machen.

Unsere Gesprächspartner*innen in der Türkei nannten das in den Gesprächen „Spezialkrieg“: einen Krieg gegen die Köpfe und Herzen der Menschen. Dabei geht es um weniger sichtbare Methoden der Aufstandsbekämpfung und die Isolation der Bevölkerung von ihrer Verbindung zur kurdischen Freiheitsbewegung. Dies erfolgt beispielsweise durch die Manipulation der Medien, die Unterdrückung kurdischer Kultur und Sprache, die Vertreibung aus den Dörfern, Rodung der Wälder, Zerstörung der Flüsse bis hin zur Verfügbarmachung chemischer Drogen für Kinder und Jugendliche, um diese von Bildung und Politik fernzuhalten.

Vertreibung aus den Dörfern

Auch wenn das Leben im Dorf mit vielen lebenspraktischen Herausforderungen einhergeht, bedeutete es für viele, sich selbst zu versorgen, Kollektivstrukturen zu pflegen und eine vom Staat vergleichsweise unabhängige Lebensweise zu führen. Mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK Mitte der 1980er Jahre begann die Türkei ein System lokaler Milizen in kleinen Städten und Dörfern zu etablieren. Mit dieser Politik separierte der Staat zwischen loyalen und illoyalen Minderheiten-angehörigen. Vor allem Großgrundbesitzer wurden als Dorfschützer ernannt. Die Ausstattung mit Waffen und finanziellen Vorteilen durch den Staat, sowie rechtliche Immunität führte laut unseren Gesprächspartner*innen dazu, dass Dorfschützer in illegale Aktivi-

täten, der Inbesitznahme und Zerstörung von Wohnhäusern sowie Vergewaltigungen und Morden involviert seien. Nachdem die PKK vom Staat ernannte Dorfschützer ermordete, reagierte der türkische Staat mit einer Politik der verbrannten Erde. Von 1988 bis 1994 zerstörte das türkische Militär systematisch rund 4.500 Dörfer im Südosten. Dadurch lösten sie eine große Fluchtbewegung in die Großstädte und ins Ausland aus. Der Verein Göç-Iz-Der für Binnengeflüchtete in Diyarbakir sprach von rund fünf Millionen Vertriebenen in dieser Zeit. Dabei behauptete die Türkei, dass die PKK verantwortlich für die Zerstörung der Dörfer sei. Ein EUGH-Urteil aus dem Jahr 2004 verpflichtete die Türkei schließlich, eine Rückkehr in die Dörfer zu ermöglichen. Daraufhin sei ehemaligen Dorfbewohner*innen angeboten worden, für eine überschaubare Summe an Geld und die Abgabe einer Erklärung, die PKK habe ihr Dorf zerstört, wieder zurückkehren zu können. Nach einer erneuten Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wurde im Jahr 2013 die Verantwortlichkeit der Türkei jedoch bestätigt.

Als in der Zeit von 2013 bis 2015 wieder Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und der PKK aufgenommen wurden, starteten die kurdischen Vereine für Binnenvertriebene im In- und Ausland eine Rückführungskampagne in die Dörfer. Für viele ehemalige Dorfbewohner*innen sei es nicht leicht, finanziell und beruflich in der Stadt Fuß zu fassen. Nachdem die

Friedensverhandlungen 2015 schließlich von der Türkei einseitig wieder aufgegeben wurden, kam es zu einer erneuten Vertreibung. So ist es für die ehemaligen Dorfbewohner*innen bis heute schwierig, in ihre Dörfer zurückzukehren. Uns wurde berichtet, bei der Rückkehr gebe es Druck von Sicherheitskräften, dass sich das Dorf am Dorfschützersystem beteiligen müsse. Dorfschützer würden den Personenverkehr im Dorf kontrollieren. Zugleich verhinderten türkische Sicherheitskräfte, dass Menschen ihre Tiere auf die Weide bringen oder ihre Felder bestellen. Somit ist es schwer, im Dorf eine Lebensgrundlage aufzubauen. Die Menschen hätten Angst, sich gegenseitig im Dorf zu besuchen. Deshalb seien Bewohner*innen vor allem in stadtnah gelegene Dörfer zurückgekehrt, denn aus Sicherheitsgründen hätten sie zugleich eine Wohnung in der Stadt.

Wasser als Waffe: die großen Staudammprojekte der Türkei

Zur Vertreibung aus den Dörfern tragen auch die großen Staudammprojekte der Türkei bei, die zur Gewinnung von Elektroenergie und Bewässerungswasser beitragen sollen. Manche Staudämme werden aber auch von vornherein als „Sicherheitsstaudämme“ bezeichnet und haben primär den Sinn Dörfer und Wege der Guerilla unter dem Wasser zu begraben. In den 1970er Jahren startete die Türkei ihr Südanatolisches Staudammprojekt, was mittlerweile 22 Staudämme an den Flüssen und Nebenflüssen des Euphrat und Tigris umfasst. Zugleich kontrolliert sie mit diesen Stauseen die Wasserzufuhr der Anrainerstaaten Irak und Syrien, insbesondere die kurdische Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien (AANES/Rojava). So macht



STAUSEE UND DORFSCHÜTZERDORF AUF DEM WEG ZWISCHEN ADIYAMAN UND DIYARBAKIR.

die Türkei diese Staaten für ihre Interessen erpressbar und kann die Wirtschaft der an diesen Flüssen lebenden Kurd*innen direkt schädigen.

Die gestauten Wassermassen führen zu Trockenheit in einigen Gebieten und Überflutungen in anderen. Gleichzeitig werden hierdurch jahrtausendealte Kulturlandschaft, archäologische Stätten, Dörfer und Kleinstädte entlang der Flüsse geflutet, was aus ökologischer und menschenrechtlicher Sicht lokal wie international vielfach kritisiert wurde. Die Erzeugung von Elektroenergie aus Wasser ist vergleichsweise teuer und hat hohe Folgekosten für Mensch und Natur. Durch die Schwere des Sees wird das Grundwasser gedrückt, was zum Aussterben endemischer Pflanzen- und Tierarten rund um die Gewässer führt.

Zugleich entstehen große Verdunstungsflächen, was das Klima in der Region beeinträchtigt und zusätzlich dazu führt, dass Wasser am Unterlauf fehlt. In den umliegenden Städten sei es im Sommer durch die Hitze und Luftfeuchtigkeit kaum noch auszuhalten und im Winter falle 75 Prozent weniger Schnee. Dabei profitieren vor allem Großgrundbesitzer von dem angestauten Wasser, da sie über die Bodenflächen, Chemikalien und Techniken für die Bewässerung ihrer Felder verfügen. Kleinbauern hingegen sind auf ein funktionierendes Ökosystem angewiesen. Darüber hinaus reichen die Entschädigungssummen für die landlose Bevölkerung der gefluteten Dörfer nicht aus. Für den Aufbau einer Existenz an anderer Stelle ist die Summe nicht ausreichend und kann den Verlust nicht kompensieren, der durch die Zerstörung der sozialen Netzwerke erfahren wird. Es entstehen neue wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse.

Während unserer Gespräche in Van kritisierten verschiedene Vertreter*innen der Menschenrechtsorganisation IHD und der Umweltorganisation Çev-Der die Flutung



Türkisch-syrische Grenze 2024 – bewässertes Land (grün) auf türkischer Seite, trockenes Land (braun) auf syrischer Seite. Grenzsoldaten hindern syrische Bäuer*innen an den Grenzflüssen an der Entnahme von Wasser. Quelle: Google Earth

des Zilan-Flusses. Trotz vielfachen Widerstands haben die Bauarbeiten bereits begonnen. Von der Flutung des Zilan sind nicht nur Dörfer betroffen, sondern diese würde auch die Spuren des Zilan-Massakers verdecken. Im Zilan-Tal wurde 1930 der letzte Ararat-Aufstand von türkischen Truppen niedergeschlagen, was je nach Quellenlage 15.000 bis 55.000 Tote forderte. Die Spuren dieses Massakers und somit ein wichtiger Ort im kollektiven Gedächtnis der kurdischen Bevölkerung würden durch eine Flutung überspült.

Ein anderes Beispiel für die zerstörerische Kraft von Flutungen ist der Ilisu-Staudamm. Kurz vor der Grenze zu Syrien und dem Irak staut er den Tigris auf und überflutete 50 Dörfer und Kleinstädte, während noch Leben in diesen Dörfern war. Trotz

zahlreicher Gutachten und kritischer Stimmen aus dem In- und Ausland konnte der Bau nicht verhindert werden. Seit 2022 ist die 12.000 Jahre alte Höhlenstadt Hasankeyf/Heskif vollständig unter den Wassermassen versunken. Es handelte sich um die mutmaßlich älteste noch bewohnte Stadt der Welt und ist somit ein kultureller und archäologischer Verlust schier unbegreiflichen Ausmaßes. Wenngleich die türkische Regierung für die Bevölkerung Neubauhäuser errichtete, kann dies den Verlust von Heskif nicht ersetzen. Für die Menschen in der Region ist es eine Demütigung, dass ihr kulturelles Erbe zerstört wird.

Trotz der Kontroverse um den Ilisu-Staudamm fand die türkische Regierung damals u.a. beim deutschen Außenminister Joschka Fischer Zustimmung, welcher Hermesbürgschaften für das Projekt befürwortete. Aufgrund des politischen Drucks zogen die deutschen, österreichischen und Schweizer Regierungen ihre Kreditbürgschaften schließlich wieder zurück. Den-

noch schien die Vertreterin der deutschen Botschaft des wieder grün-geführten Außenministeriums bei unserem Besuch im März überzeugt von der Vorreiterrolle der Türkei in Sachen erneuerbare Energien in Form von Wasserenergie. Dabei hat die Türkei viele Potenziale, erneuerbare Energie aus Wind- und Solarkraft zu erzeugen.

Weitere Infos finden Sie im IPPNW-Akzente Türkei: ipnw.de/bit/tuerkei-24



Susanne Dyhr ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet im IPPNW-Türkeiprojekt mit.